LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
9. Wahlperiode

Drucksache 9/95
23.11.2026
(Termin zur Beantwortung
gemäß § 64 Absatz 1 GO LT:
07.12.2026)

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten David Jenniches, Fraktion der AfD

Auswirkungen des neuen Personalvertretungsgesetzes auf die kommunale Selbstverwaltung und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern

Mit der Novellierung des Personalvertretungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (PersVG M-V) wurden die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen im öffentlichen Dienst erweitert. Insbesondere die Einführung einer innerdienstlichen Allzuständigkeit sowie die erweiterten Mitbestimmungsrechte bei organisatorischen Maßnahmen wurden von kommunalen Vertretern und den kommunalen Spitzenverbänden kritisch bewertet. Dabei wurden u. a. zusätzliche bürokratische Belastungen, mögliche Verzögerungen bei Verwaltungsentscheidungen und eine Einschränkung der Organisations- und Entscheidungsfreiheit der kommunalen Verwaltungsleitungen befürchtet. Nach Angaben der Landesregierung orientierte sich ihr Gesetzentwurf an den Gesetzen der norddeutschen Bundesländer, insbesondere an Hamburg und Schleswig-Holstein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erfahrungen und Erkenntnisse über die praktischen Auswirkungen der als Vorbild des Entwurfes der Landesregierung dienenden Regelungen der norddeutschen Bundesländer sind der Landesregierung bekannt?

2. Welche wesentliche Kritik, Beschwerden oder rechtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Anwendung der als Vorbilder der Neuregelung dienenden Personalvertretungsgesetze der norddeutschen Bundesländer sind der Landesregierung bekannt, insbesondere im Hinblick auf die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen, den Verwaltungsaufwand und mögliche Verzögerungen bei organisatorischen oder personellen Maßnahmen (bitte nach einzelnen Kriterien aufschlüsseln)?

3. Wie beabsichtigt die Landesregierung, die Auswirkungen der Neuregelungen auf die kommunalen Verwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten und zu bewerten? Welche Kriterien sollen dabei insbesondere hinsichtlich des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes, der Dauer von Beteiligungsverfahren sowie der Auswirkungen auf die kommunale Organisations- und Entscheidungsfreiheit herangezogen werden (bitte nach einzelnen Kriterien aufschlüsseln)?

4. Wann ist eine Überprüfung der praktischen Auswirkungen vorgesehen?

5. Wie bewertet die Landesregierung die Befürchtung der kommunalen Spitzenverbände, dass insbesondere die innerdienstliche Allzuständigkeit gemäß § 74 PersVG M-V sowie die erweiterten Mitbestimmungsrechte bei organisatorischen Maßnahmen gemäß § 83 Absatz 2 PersVG M-V zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand, längeren Entscheidungsprozessen und einer Einschränkung der Handlungs- und Organisationsfreiheit der Landräte und Bürgermeister führen könnten?
   Wie beurteilt die Landesregierung den zusätzlichen zeitlichen und finanziellen Aufwand für die Landkreise, kreisfreien Städte, Ämter und amtsfreien Gemeinden (bitte nach einzelnen Kriterien aufschlüsseln)?

David Jenniches, MdL